

---

*Wirtschafts- und Sozialgeschichte*

Arno Donda

**Eine vergleichende Analyse der amtlichen Statistik der BRD und der DDR\***

Zu einem solchen Versuche einer vergleichenden Analyse der amtlichen BRD- und DDR-Statistik fühle ich mich geradezu verpflichtet: schließlich war ich über 25 Jahre Leiter bzw. Präsident der Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR, vorher viele Jahre Hochschullehrer auf diesem Gebiet, Direktor des Instituts für Statistik an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlsdorf. Ich meine, daß ich manchen Vereinfachungen, gelinde gesagt, in den zahlreichen Veröffentlichungen vor allem über Validität der DDR-Statistik nach der Wende, darunter auch von Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes, begegnen kann. Und ich glaube durchaus, daß solcher Vergleich für die statistische Arbeit heute anregend sein kann.

**Zur Erfassung und Aufbereitung der Daten**

Die Qualität jeglicher Statistik steigt und sinkt mit der Qualität ihrer Datenbasis. In dieser Hinsicht war es in der DDR-Statistik ohne jeden Zweifel besser bestellt als in der BRD-Statistik. In der DDR waren Erfassung und Aufbereitung der Daten nach einheitlichen Definitionen auf allen Gebieten ohne Einschränkung gewährleistet. Dies wurde auch regelmäßig kontrolliert.<sup>1</sup> Vergleichbares gibt es in der Statistik der BRD nicht. Dem Statistischen Bundesamt ist es nicht gestattet, Kontrollen über die Einhaltung von Einheitlichkeit und Richtigkeit der Datenerhebung anzuordnen oder vorzunehmen. Begründet wird dies mit dem föderalen Prinzip. Jedes einzelne Landesamt für Statistik kann selber festlegen, wann eine Bundesstatistik aufbereitet ist, unabhängig davon, ob alle Berichtspflichtigen in die Erfassung auch wirklich einbezogen waren. Das Statistische Bundesamt selber

---

\* Vortrag, gehalten in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 16. November 1995.

weiß nicht, wieviel Prozent der Berichtspflichtigen tatsächlich erfaßt wurden, welcher Teil der Angaben durch die Landesämter über eigene Schätzungen hinzugefügt wurden. Eine korrekte Arbeit ist so natürlich nicht möglich. Eine solche Situation gab es nicht einmal im deutschen Kaiserreich und gibt es heute in keinem anderen entwickelten Land. Diese Verhältnisse unterscheiden sich auch von denen in den USA, die gewiß keiner Belehrung über föderale Strukturen bedürfen. Kompetente Statistiker der BRD sehen das ähnlich. So war vom langjährigen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Hölder, im Handelsblatt v. 6./7. August 1993 zu lesen: „Bei der amtlichen Statistik handele es sich ... nicht um ein Politikfeld, in welchem unterschiedliche landesspezifische Entscheidungen zulässig oder wünschenswert seien.“

An Universitäten in den alten Bundesländern wurde mir in diesem Zusammenhang entgegengehalten: Für eine gute Statistik wäre das schon richtig, aber solche Art der Datenerfassung sei doch auch ein Eingriff in die Privatsphäre bzw. in das Betriebsgeheimnis. Es ist doch aber nicht zu übersehen, daß dieser Staat Bundesrepublik nicht nur föderalistisch, sondern durchaus auch zentralistisch gestaltet ist, wo es ihm notwendig erscheint. Ich denke hier durchaus nicht nur an Außenbeziehungen, Militärwesen, Zoll usw., sondern im besonderen auch an das Finanz- und Steuerwesen und den Arbeitsmarkt. Hier haben wir striktesten Zentralismus: Über Hundesteuer mag das Land entscheiden, aber über rund 90% der Steuereinnahmen verfügt der Bund.

Und in den Betrieben aller Branchen kontrollieren eine wachsende Zahl von Mitarbeitern der zentralgeleiteten Arbeitsämter (zu Recht) z. B. die Papiere der Beschäftigten und Tausende von Mitarbeitern der ebenfalls zentralgeleiteten Finanzämter kontrollieren praktisch jede Rechnung und jeden innerbetrieblichen Beleg eines Betriebes. Deswegen, weil es hier um die Einnahmen des Staates geht. Aber ähnliche Kontrollen über die Wahrfähigkeit der statistischen Angaben sind tabu, obwohl anerkanntermaßen diese Angaben für die Leitung eines Staates unerläßlich sind. Hier gibt es ein großes Manko der BRD-Statistik, das zu bewerten nicht sehr lang aufgeschoben werden kann.

## Datenbanken

Selbstverständlich verfügt die amtliche Statistik der BRD über Datenbanken, aber nicht als tragendes Gerüst, nicht über alle Ebenen, nicht verbunden und koordiniert zwischen den Bereichen. Auf diesem Gebiet ist die bundesdeutsche amtliche Statistik Jahrzehnte hinter dem zurück, was in der DDR, aber auch in anderen Ländern, erreicht wurde. Dazu trug auch das unglückliche Verbot der Volkszählung durch das Bundesverfassungsgericht bei.

Es war in der DDR durch Ministerratsbeschlüsse geregelt, daß es keine Volkszählung im herkömmlichen Sinne mehr gab – weil sie nicht mehr nötig war. Denn es bestanden sehr leistungsfähige Einwohnerdatenspeicher (Personendatenbanken) in jedem Bezirk, einheitlich organisiert und geführt; höchstens 4 Wochen nach dem Ende jedes Monats lagen die Ergebnisse vor.

Ebenso gab es für jeden Bezirk eine Datenbank Wohnungspolitik, in der alle Wohnungen mit ihren Merkmalen erfaßt waren. Auch hier waren hohe Aktualität und Zuverlässigkeit gesichert. Diese beiden Datenbanken wurden durch das Statistische Amt der DDR einschließlich seiner Regionalstellen organisiert. Darüber hinaus stand 1989 ein branchenweis organisiertes Netz von Arbeitskräfte-Datenbanken kurz vor der Vollendung, geführt durch das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt. Technisch betrieben wurden alle diese Datenbanken in den Betrieben des Kombines für Datenverarbeitung, das dem Statistischem Amt unterstand. In jedem Bezirk bestand mindestens ein Betrieb des Kombines für Datenverarbeitung.

Diese drei Datenbanken waren so konstruiert, daß ihre Daten verknüpft werden konnten, und zwar über die Personenkennzahl. Damit hätten ab Anfang der 90er Jahre praktisch beliebig oft Volkszählungsergebnisse für die Republik insgesamt oder für beliebige administrative Einheiten erarbeitet werden können. Die Ergebnisse hätten zirka 6 Wochen nach Stichtag bzw. Äußerung des Bedarfs vorgelegen, und das alles, ohne die Bevölkerung zu behelligen und ein großes Heer von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern auszubilden und zu bezahlen.

Diese Datenbanken wurden vielfach mit Erfolg genutzt. Selbst zur Bundestagswahl 1990 wurden im Beitrittsgebiet wichtige Wahlunterlagen

bis zu den Wahlbenachrichtigungskarten durch die Einwohnerdatenspeicher erarbeitet. Auch für die Einberufung zur Bundeswehr wurden auf dieser Grundlage im Beitrittsgebiet die erforderlichen Angaben gewonnen. Viele Beteiligte fanden diese Arbeitsmöglichkeit recht ordentlich. Aber auch hier war der ängstlich bis empörte Zwischenruf zu vernehmen: Damit werde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung abgeschafft, der gläserne Mensch zum Staatsziel gemacht. In einer nicht kleinen Anzahl von hochentwickelten Ländern, z. B. den skandinavischen Ländern, sieht man dieses Problem viel gelassener und geht rationelle und billige Wege, um zu benötigten demographischen und ökonomischen Informationen zu kommen.

1984 habe ich mir das System der finnischen Einwohnerdatenspeicher (Bevölkerungsregister) genauer angeschaut. Es gab keine Ablehnung in der Bevölkerung. Alles geschah öffentlich. In jedem Jahr erhielt jeder Haushalt einen Ausdruck aus dieser Datenbank mit dem Vermerk, daß man ihnen jetzt die Angaben, die im Bevölkerungsregister abgespeichert sind, übermittele, für alle im Haushalt lebenden Personen. In diesem Zusammenhang wurde um Prüfung sowie gegebenenfalls um Korrektur der Daten gebeten. Das ist doch in der Tat phantastisch: nicht nur jährliche Offenlegung, sondern auch Überprüfung der Richtigkeit der abgespeicherten Angaben durch die betreffenden Personen.

Ähnlich sieht es in Schweden und Dänemark aus. Dänemark hat bereits in den achtziger Jahren die Volkszählung als Computerzählung durchgeführt. Ich will damit unterstreichen, daß wir in der DDR nicht einer spleenigen Idee aufgefressen sind, sondern im zwei- und mehrseitigen Erfahrungs- und Meinungs austausch, darunter auch in Gremien der UNO und des Internationalen Statistischen Institutes, neue Lösungen auf der Basis moderner Technologie praxisreif entwickelt und weitgehend zur Anwendung geführt haben.

Ein System von Datenbanken wurde in der DDR auch für alle Wirtschaftsbereiche und viele Querschnittsgebiete, wie z. B. Grundmittelbestand (Investitionsobjekte), geschaffen und genutzt. Das ermöglichte über schnelle und umfassende Vollständigkeits- und Plausibilitätskontrollen eine hohe Aktualität und Zuverlässigkeit der statistischen Informationen; außerdem wurde eine vertiefte Analyse des reichhaltigen Zahlenmaterials erreicht.

Als Beispiel für die Vorlagefristen von statistischen Informationen einige Angaben, die sowohl für die Republik- als auch für Bezirks und Kreisergebnisse galten: Monatsergebnisse und Angaben für die Zeit seit Jahresbeginn wurden an den Verteiler ausgeliefert

	vorläufige Ergebnisse	endgültige Ergebnisse
	3. Werktag des Nachmonats	6. Werktag des Nachmonats
– Industrieproduktion		8 Uhr
– gebaute Wohnungen	*	*
– Bauproduktion	*	*
– Arbeitskräfte	*	*
– Investitionen	*	*
– fertiggestellte Investitionen	*	*
– Kauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse	*	*
– Einzelhandelsumsatz	*	*
– Umsatz und Bestand im Großhandel	*	*

Bekanntlich liegen vergleichbare Vorlagefristen in der Bundesstatistik bestenfalls um Wochen, teilweise um Monate – später. Unter den geschilderten Bedingungen ist keine grundsätzliche Veränderung möglich. Darum entwickeln Unternehmensverbände im wachsenden Maße eigene Statistiksyste-me.

### Die beginnende Ablösung des Fragebogens

Bereits in den siebziger Jahren hat das Statistische Amt der DDR begonnen, systematisch statistische Fragebögen abzulösen. Maßgeblich hierfür war nicht in erster Linie die Papiereinsparung, sondern die Rationalisierung der statistischen Erhebungen. Diese Arbeiten wurden in mehreren Bereichen der Wirtschaft gleichzeitig begonnen. Mitte der achtziger Jahre war folgender Stand erreicht:

- In der Industrie wurden monatliche Berichterstattungen über die Produktion (wertmäßig und ausgewählte Erzeugnisse), den Absatz, die Vertragserfüllung, den Vertragsstand für den ersten und zweiten Folgemo-

nat, den Export, die Arbeitskräfte u. a. von vielen Betrieben und einigen Kombinat für alle ihre Betriebe auf Magnetbändern übergeben bzw. mittels Datenfernbertragung an die Datenverarbeitungsbetriebe im Bereich des Statistischen Amtes übermittelt. Die Zahl dieser Betriebe und Kombinate wuchs von Jahr zu Jahr. Aber auch für über 80% des Grundmittelbestandes der Industrie wurden nach diesem Prinzip jährlich die Angaben von den Betrieben bzw. von den Kombinat an die amtliche Statistik geliefert.

- Das gleiche geschah auch für die monatlichen Meldungen durch die Kombinate, die für die Sekundärrohstoffe (Altstoffe), das heißt für deren Erfassung, Weiterverwertung bzw. Entsorgung zuständig waren. Diese „präzise“ Arbeit der Statistik muß allerdings als ein Moment der hypertrophischen Zentralisierung der Wirtschaftsleitung in der DDR gewertet werden, die für eine moderne Statistik keinen Nachahmenswert besitzt.
- Das Paradebeispiel für die Ablösung des Fragebogens war der Großhandel mit Konsumgütern. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Statistischem Amt und dem Binnenhandelsministerium wurde in gemeinsamer, mehrjähriger Arbeit praktisch jegliche papiergebundene statistische Berichterstattung abgeschafft, auch und vor allem für den Wareneingang, den Warenbestand und den Absatz. Die monatliche Zusammenfassung erfolgte für mehrere Hundert Waren bzw. Warengruppen. Bei Bedarf war ohne nennenswerte Mehrarbeit eine Erweiterung auf Tausende von Waren- bzw. Warengruppen möglich. Das fußte darauf, daß alle Großhandelsbetriebe für Konsumgüter nach einheitlichen EDV-Programmen (die staatlich bezahlt wurden, aber von den Betrieben erweitert oder detailliert werden konnten) sämtliche betrieblichen Vorgänge ausgelöst sowie erfaßt und abgespeichert sowie am Monatsende übertragen wurden. Die Ergebnisse lagen nach Datenfernübertragung am 3.-4. Werktag des Nachmonats in jedem Bezirk und auch zentral vor.

Das Verschwinden des Fragebogens aus einem ganzen Sektor der Wirtschaft veranlaßte einen oberflächlichen Kenner der DDR-Statistik zur kritischen Bemerkung, daß sie keine Großhandelsstatistik gehabt hätte. Tausende wissen das aber besser, ganz abgesehen davon, daß darüber mehrfach national wie international informiert wurde. Mit der rechnergestützten Erfassung, durch die alle erforderlichen Prozesse für die Produktion, die Zir-

kulation, die Verwaltung usw. unmittelbar mit Hilfe der modernen Rechen-technik ausgelöst, dabei erfaßt und zugleich nach festgelegten Programmen verarbeitet, übermittelt und konzentriert werden, können Bearbeitungszeiten für statistische Erhebungen wesentlich verkürzt, der benötigte Arbeitsaufwand reduziert und das Informationsangebot erweitert werden. Das erfordert natürlich langfristig angelegte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten.

### **Die Analyse gehört zu den Aufgaben der amtlichen Statistik**

Es werden weltweit völlig unterschiedliche Positionen vertreten und auch praktiziert, was die Analyse als Bestandteil der Arbeit der amtlichen Statistik betrifft. Dabei steht die BRD unter den hochentwickelten Ländern mit einer reichen statistischen Tradition ziemlich am Ende, was die Analyse im statistischen Dienst angeht. Das ist nicht systembedingt. In Frankreich ist das z. B. völlig anders.

In der DDR war die Pflicht zur Analyse für das Statistische Amt und seine Bezirks- und Kreisstellen sehr deutlich im Statut verankert<sup>2</sup>, in allen einschlägigen Ausbildungsmaterialien<sup>3</sup> dargelegt und in der Praxis ständig gewährleistet. So waren in der Berliner Zentrale des Statistischen Amtes ca. 120 Mitarbeiter, darunter rund 100 mit Hochschulausbildung tätig, die praktisch nichts mit der Projektierung von statistischen Erhebungen und deren Aufbereitung zu tun hatten, sondern ausschließlich für die Erarbeitung von Analysen zuständig waren. (Auch in den statistischen Bezirks- und Kreisstellen gab es Mitarbeiter, die ausschließlich für die Erarbeitung von Analysen zuständig waren). Auf dieser personellen Basis wurden sowohl nach einem festen Plan monatlich, vierteljährlich und jährlich als auch fallweise (nach Erkenntnissen des Statistischen Amtes) Analysen über spezielle Probleme erarbeitet. Die wichtigste monatliche Analyse war die über die Entwicklung der Volkswirtschaft im letzten Monat und seit Jahresbeginn. Diese wurde unter anderem an alle Mitglieder des Ministerrates als auch an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes (FDGB) am sechsten Werktag des Nachmonats übergeben. Zusammen mit dieser Analyse wurden Zahlenübersichten, Grafiken und Analysen zu speziellen einzelnen Problemen ausgeliefert, z. B. über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, den Fort-

gang wichtiger Investitionsvorhaben, die Entwicklung des spezifischen Materialverbrauchs, die demographische Entwicklung, die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Leistungen, die Entwicklung von Proportionen in der Volkswirtschaft u. a. m.

Dabei wurde fast immer nicht nur die bisherige Entwicklung und die Planerfüllung, sondern auch die künftige Entwicklung, insbesondere für die nächsten zwei bis drei Monate und bis Jahresende behandelt.

Dies alles wurde zu einem Material von zweihundertzehn bis zweihundertvierzig Seiten zusammengefaßt und monatlich im Ministerrat unter Anwesenheit des Präsidenten des Statistischen Amtes behandelt. In der Ulbricht-Ära wurde darüber stets, und zwar ziemlich offen, die Öffentlichkeit informiert. Unter Honecker wurde das bald eingestellt und später durch stereotype Zahlentabellen über Planerfüllung mit beschönigenden Text ersetzt, die nicht vom Statistischen Amt, sondern vom Apparat des ZK der SED produziert wurden.

Vom Statistischen Amt wurden monatlich auch spezielle Analysen erarbeitet, z.B. über die Landwirtschaft, das Bauwesen und den Wohnungsbau, die Versorgung der Bevölkerung, die Investitionen und die Arbeitskräfte. Außerdem wurden fallweise – nach Ermessen des Statistischen Amtes – Analysen zu speziellen Fragen erarbeitet wie z. B. über Aufwand und Ergebnis der neuen Technik, die Einführung neuer Erzeugnisse, die Rückgewinnung von Land nach Aufgabe von Tagebauen, u. a.

Eine zusammenfassende Analyse über die ökonomische Entwicklung im letzten Monat wurde zu dem oben genannten Termin und nach denselben Grundsätzen von allen statistischen Bezirks- und Kreisstellen für ihr Territorium erarbeitet. Auch diese Analysen wurden monatlich im jeweiligen Rat unter Anwesenheit des Chefs der statistischen Dienststelle behandelt.

Auf zentraler Ebene war die wichtigste Analyse, die jährlich erarbeitet und ebenfalls im Ministerrat behandelt wurde, die über die Erzeugung und Verwendung des Nationaleinkommens und über die Effektivität und Proportionalität der Volkswirtschaft. Weitere wichtige Analysen waren die über die Lebenslage der Bevölkerung, internationale Vergleiche und – zweijährig alternierend – über die Lage der Frauen und der Jugend.

Es gibt m. E. keine vernünftige Erklärung dafür, daß die amtliche Statistik nur „Zahlenfabrik“, das heißt nur Lieferant des Rohstoffes für bewertende Aussagen sein soll. Nach meinem Demokratieverständnis ist es



Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß bewertende Aussagen zu allen wichtigen gesellschaftlichen Vorgängen erarbeitet und öffentlich unterbreitet werden, und zwar von Personen, die in der Pflicht des Staates stehen und durch seine Organe sowie durch die Öffentlichkeit kontrolliert werden können.

Bestimmte Ansätze dazu gibt es auch in der BRD. So ist z. B. das Statistische Bundesamt gleichzeitig das Sekretariat für die fünf Weisen zur Begutachtung des volkswirtschaftlichen Geschehens. Ein überfälliger erster Schritt wäre es, den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes zum Mitglied dieses Gremiums zu berufen.

### **Amtliche Statistik und Prognose**

Es ist in Theorie und Praxis unbestritten, daß auch prognostische Arbeiten von der amtlichen Statistik durchgeführt werden. Das gilt insbesondere für die Einschätzung der künftigen Bevölkerungsentwicklung und die Voreinschätzung der Ernteergebnisse zu einem möglichst frühen Zeitpunkt. Unterschiedlich geregelt ist aber in den einzelnen Ländern die Breite und die Intensität derartiger prognostischer Arbeiten in der amtlichen Statistik. Glücklicherweise ist die Bundesstatistik über den sehr engen o. g. Rahmen herausgetreten. So werden durch sie durchaus brauchbare Grundlagen für eine Einschätzung des konjunkturellen Verlaufes erarbeitet, indem monatlich die Entwicklung des Auftragsbestandes im produzierenden Gewerbe, die erteilten Baugenehmigungen und einige weitere Daten erarbeitet werden.

Im Vergleich zur DDR-Statistik muß aber festgestellt werden, daß die Vorlagefrist viel zu lang ist (z. B. liegt die Entwicklung des Auftragsbestandes im produzierenden Gewerbe rund vier Wochen nach Monatsende vor; vergleichbare Angaben der DDR-Statistik standen am 6. Werktag nach Monatsende zur Verfügung).

Ferner ist anzumerken, daß die ermittelten Angaben zur Voreinschätzung des wirtschaftlichen Verlaufes zu spärlich sind. Es soll hier nur beispielsweise angeführt werden, welche weiteren Angaben für die Vorschau (das heißt für die nächsten Monate bis zu einem Jahr bzw. für Prognosen (das heißt für längere Zeiträume als ein Jahr) durch die DDR-Statistik erarbeitet wurden:

- Bestand an Verträgen für die beiden Folgemonate und das laufende Jahr für die industrielle Warenproduktion, darunter für den Export. Ab August gab es auch entsprechende Angaben für das Folgejahr.
- Einschätzung der Betriebe und Kombinate über die industrielle Warenproduktion und den Export in den Folgemonaten.
- Angaben über die vertragliche Absicherung der Investitionsvorhaben in den kommenden Zeiträumen.

Diese Angaben wurden ebenfalls bis zum 6. Werktag des Folgemonats an den Verteiler ausgeliefert. Die Arbeit des statistischen Amtes der DDR beschränkte sich aber nicht auf die Konzentration derartiger betrieblicher Angaben, sondern sie wurden verglichen mit vielfältigen Erkenntnissen, über die das Statistische Amt verfügte. So wurde bei der Einschätzung der künftigen Entwicklung der industriellen Warenproduktion auch die Bestandsentwicklung an unvollendeter Produktion und Material beachtet. Außerdem wurde der Verlauf der Fertigstellung von Investitionsvorhaben in den einzelnen Industriezweigen und insbesondere in dem Zulieferbereich berücksichtigt. Entsprechendes gilt für die Entwicklung der Arbeitskräfte, des spezifischen Material- und Energieverbrauchs, u. a. Es war Aufgabe des Statistischen Amtes darauf hinzuweisen, wenn und gegebenenfalls in welchem Maße die betrieblichen Angaben auf Grund dieser anderen Informationen zu bezweifeln waren. In dem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß es auch Aufgabe der statistischen Dienststellen war, die Realität der Vorschauangaben der Betriebe zu kontrollieren und ihnen zu helfen, zu realistischen Werten zu gelangen. Auch diese Aufgabe wurde nicht nur erleichtert, sondern durch ein umfassendes Datenbanksystem überhaupt erst ermöglicht, welches es erlaubt, je Betrieb, Kombinat, Zweig und Ministeriumsbereich sowie je Bezirk die notwendigen Berechnungen automatisiert jeden Monat durchzuführen; mit der Maßgabe, nur relevante Abweichungen darzustellen.

Es sollte zumindestens geprüft werden, ob nicht bestimmte Elemente dieser Arbeit aufgegriffen werden sollten.

### **Eine Zwischenbemerkung**

„DDR-Statistik war in erster Linie und vor allem Planabrechnung.“ – Das behauptet die Mehrzahl der Kritiker der DDR-Statistik aus den alten Bundesländern.

Die bisherigen Darlegungen beweisen, daß das nur zum Teil berechtigt ist. Ein Blick in das Statut und die Ausbildungsunterlagen (siehe die Fußnoten 2 und 3) belegen dies. Natürlich war die Planabrechnung eine wichtige Aufgabe der DDR-Statistik, aber eine unter mehreren, und zwar noch wichtigeren. So brauchte man doch erst einmal statistische Materialien, um einen Plan überhaupt aufstellen zu können, auch Erkenntnisse über Zusammenhänge und Wechselwirkungen mußten bekannt sein.

### **Einfluß auf Aus- und Weiterbildung**

In der BRD wird leider durch die amtliche Statistik kein nennenswerter Einfluß auf die statistische Lehre im Hoch- und Fachschulwesen genommen, weil sie das nicht kann, oder besser: nicht darf.

Das Resultat ist das gleiche wie in vielen anderen entwickelten Ländern: Eine riesengroße Lücke zwischen akademischer Ausbildung und den Anforderungen der Praxis. Viele der derzeitigen Hochschullehrer für Statistik haben noch nie eine statistische Erhebung organisiert und sie analytisch ausgewertet. Das ist etwa vergleichbar mit einem Professor, der Vorlesungen über Chirurgie hält, aber noch nie als Akteur im Operationssaal war. Das Ergebnis spiegelt sich auch in Lehrbüchern wider, in denen angebliche Unterschiede der Mittelwerte breit behandelt werden, anstatt sich mit der modernen Technologie der Statistik zu befassen, das heißt: wie, wann und mit geringstem Aufwand (Kosten) schnellstmöglich zu realen Aussagen im Rahmen einer statistischen Untersuchung gelangt werden kann.

In Verkennung der praktischen Bedeutung dieses Problems wird dies oft als beschreibende Statistik abgetan, während die analytische Statistik angeblich dort beginne, wo Anfangswissen der höheren Mathematik, oft beschränkt auf Korrelations- und Regressionsrechnung, angewendet wird.

Das alles muß verwundern, denn es gab anerkannte Gelehrte auf dem

Gebiet der Statistik wie Flaskämper, Wagenführ, Menges und einige andere in den alten Bundesländern. Ihre Tradition wird unzureichend fortgesetzt.

Eine derartige Lücke zwischen akademischer Lehre und Erfordernissen der Praxis gab es in der DDR nicht. Hier war eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Hochschulministerium und dem Statistischen Amt Grundlage und Mindestanforderung an die statistische Lehre; und es gab eine Vereinbarung zwischen beiden Organen darüber, daß nur derjenige zum Professor der Statistik berufen werden kann, der nach der Promotion mindestens ein Jahr im Bereich des Statistischen Amtes (wenn er vorwiegend volkswirtschaftlich orientiert war) oder in einem Betrieb bzw. Kombinat (wenn er vorwiegend betrieblich orientiert war) gearbeitet hat.

Für die Facharbeiterausbildung auf dem Gebiet der Statistik war das Statistische Amt selbst zuständig und führte diese mit Hilfe der Kreis- und Bezirksstellen sowie einer eigenen Berufsschule durch.

Noch ein Wort zur Weiterbildung. Es gibt hierfür auch eine Reihe von Angeboten in der BRD, doch sind sie weder bundesweit einheitlich und auch vielfach nicht speziell statistisch, sondern mehr juristisch bzw. auf die Handhabung von Bürocomputern ausgerichtet. Das reicht natürlich nicht.

In der DDR gab es ein mit dem Hochschulministerium vereinbartes postgraduales Studium, an dem alle Absolventen von Hoch- und Fachschulen teilnehmen mußten, wenn sie zehn Jahre in der amtlichen Statistik gearbeitet hatten. Dieses Studium wurde von der Universität Leipzig, der Hochschule für Ökonomie und einer Fachschule mit Unterstützung des statistischen Amtes und von Professoren anderer Universitäten durchgeführt. Dieses Studium dauerte zwei Jahre und war ein Fernstudium mit mehreren Direktstudienzeiten von zwei bis vier Wochen. Es erfolgte dabei eine Konzentration auf folgende Fächer:

- Rechnungsführung (Rechnungswesen) und Statistik in den Betrieben,
- Anwendung der modernen Rechentechnik in der Arbeit von Rechnungsführung und Statistik, insbesondere die Arbeit mit Datenbanken,
- die Analyse im Rahmen der Arbeit der amtlichen Statistik.

Das Studium schloß mit einer Prüfung und einer schriftlichen Arbeit ab, an die dieselben Anforderungen wie an eine Diplomarbeit gestellt wurden. Zwei Jahrgänge hatten vor 1989 dieses postgraduale Studium abgeschlossen.

### **Statistik nicht nur für die Regierenden, sondern für alle**

Ein Vorzug der alten und gegenwärtigen BRD-Statistik besteht darin, daß restlos alles veröffentlicht wird was sie erarbeitet. Das war leider in der DDR anders. Hier unterlag die Veröffentlichung von statistischen Angaben (insbesondere nach dem Machtantritt von Honecker) einer strikten Reglementierung, die nicht etwa von der Regierung, auch nicht vom Politbüro als ganzem, sondern von Günter Mittag ausging, geduldet durch Honecker. Wir im statistischen Amt haben mehrfach versucht, die Öffentlichkeitsarbeit auszubauen. Das ist uns leider nicht gelungen. Ich betrachte dies als meinen größten Mißerfolg. Ohne hiervon etwas abschwächen zu wollen, muß ich jedoch feststellen, daß manche Behauptung über Nichtveröffentlichung statistischer Daten unrichtig oder übertrieben sind. So wurde durchaus über die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in den Statistischen Jahrbüchern informiert und es wurden hier auch vielfältige Angaben zur Ökologie veröffentlicht, wenn auch an verschiedenen Stellen der Jahrbücher und erst 1990 in einen gesonderten Abschnitt.

Für mich bleibt die Erkenntnis: Es darf nur eine Autorität im Staate geben, die über die Veröffentlichung statistischer Daten entscheidet; das ist die, die zugleich für die Qualität der Daten verantwortlich ist: die Statistikbehörde selber.

Ohne Einschränkung ist diese Forderung aber auch in der BRD nicht verwirklicht. So besitzt das fachlich zuständige Bundesministerium die Möglichkeit, eine Veröffentlichung zu verzögern oder zu unterbinden, wenn es der Meinung ist, daß die vorliegenden Daten nicht sicher genug sind. So wurde z. B. die vorbereitete Information über die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens im Jahre 1990 im Beitrittsgebiet im letzten Augenblick unterbunden. Natürlich zeigten die Zahlen einen krassen Einbruch der ökonomischen Entwicklung im zweiten Halbjahr 1990.

### **Rechnungswesen, Statistik und Rechnungsführung und Statistik**

Rechnungswesen und Statistik haben, fast allseitig anerkannt, den gleichen Gegenstand, nämlich die zahlenmäßige Widerspiegelung (Darstellung) aller wesentlichen gesellschaftlichen und damit auch ökonomischen Erschei-

nungen und Prozesse, sowie deren Analyse. Der historisch entstandene Unterschied besteht hauptsächlich darin, daß sich das Rechnungswesen mit betrieblichen Erfordernissen und die Statistik mit nationalökonomischen Fragen beschäftigt. Dazwischen wird aus betrieblichen Interessengründen eine Barriere errichtet. Es wird im Rechnungswesen der Grundsatz akzeptiert, daß über alle Geschäftsvorgänge Buch zu führen ist, wobei vielfach freigestellt ist, wie das erfolgt.

Wenn aber statistische Angaben für einen modernen Staat lebenswichtig sind, warum heißt es dann nicht: Es ist Buch zu führen über alle Geschäftsvorgänge, darunter auch jene, die für gesamtstaatliche Belange wesentlich sind und deshalb von der Statistik ermittelt werden.

Der Bundesfinanzminister und seine Kollegen in den Ländern müßten an einer einheitlichen und überschaubaren Regelung für das „Buchführen“ interessiert sein, wobei den Betrieben natürlich das Recht zu Detaillierungen und Ergänzungen einzuräumen ist.

Dabei ist klar, daß es nicht im Interesse einflußreicher Wählergruppen liegt, den Einblick in das betriebliche Geschehen zu vereinfachen.

### **War das Statistische Amt der DDR eine Fälscherwerkstatt?**

Nach gründlicher Recherche kam das Statistische Bundesamt zu folgender Einschätzung über die Validität der DDR-Statistik: „Mit anderen Worten: Statistik zeichnete im wesentlichen die Realität nach, der Plan folgte der Wirklichkeit“.<sup>4</sup>

Der von der Eppelmann-Kommission eingesetzte Gutachter der DDR-Statistik bemängelt in seinem Gutachten zunächst einmal eine Reihe von tatsächlichen aber auch eingebildeten Unzulänglichkeiten der DDR-Statistik.<sup>5</sup> Was an seiner Kritik richtig ist, betrifft vor allem falsche und von der internationalen Praxis abweichende Definitionen, die der DDR-Statistik ausschließlich von Mittag aufgezwungen wurden, um das Bild der DDR zu schönen. Das wurde unter anderem von mir mehrfach öffentlich dargelegt, und zwar lange vor Erarbeitung des Gutachtens.<sup>6</sup> Aber ich füge hinzu, ich hätte von Herrn von der Lippe als Wissenschaftler erwartet, daß er gleichzeitig auch auf folgendes hingewiesen hätte, um ein vollständiges und vor allem realistisches Bild der DDR-Statistik zu geben, was er in keiner Weise getan hat:

- Es gab im Statistischen Amt stets einen ganz erheblichen Widerstand, wenn uns unrichtige oder unübliche Definitionen von Mittag aufgezungen werden sollten. In der Mehrzahl der Fälle haben wir uns auch durchgesetzt. In einigen Fällen habe ich mich auch geweigert, Anweisungen von Mittag durchzuführen, z. B. das produzierte Nationaleinkommen auch als Zeitreihe nur zu effektiven Preisen auszuweisen ohne das kenntlich zu machen.<sup>7</sup> Dieser Widerstand war möglich und erfolgreich, weil alle verantwortlichen Mitarbeiter des Statistischen Amtes dahinter standen, einige wichtige Persönlichkeiten, wie z. B. der Ministerpräsident, Willy Stoph, uns den Rücken stärkten und wir sogar oft im Apparat des ZK Unterstützung fanden.
- Im Gutachten wird zwar nicht gesagt, wohl aber durch die Darstellungsweise der Eindruck erweckt, als ob die Anwendung falscher Definitionen das Vorherrschende in der DDR-Statistik gewesen wäre. In Wahrheit war es aber die Ausnahme. Mir sind maximal nicht einmal 20 derartige Fälle bekannt, die sich oft auch nur auf ein Jahr bezogen, wie z. B. der nicht vollständige Ausweis der Entwicklung der Industrieproduktion im Bereiche eines Ministeriums. In jedem derartigen Falle hat aber die DDR-Statistik auch die richtige Kennziffer zusätzlich ermittelt. Das ging natürlich nur, weil es sich um eine eng begrenzte Zahl von derartigen Fällen handelte. Auf dieser Grundlage konnten deshalb die realen, statistischen Werte nachträglich schnell ermittelt und ausgewiesen werden.
- Und schließlich wäre doch die Anmerkung angebracht, daß mit dem letzten Statistischen Jahrbuch der DDR, also noch zu DDR-Zeiten, eine vollständige Korrektur erfolgte. Also hat doch nicht Herr von der Lippe das alles „erforscht“.

Nicht laste ich dagegen Herrn von der Lippe an, daß er in dem Zusammenhang überhaupt nicht darauf eingeht, daß in der BRD nur in Ausnahmefällen die amtliche Statistik verantwortlich für die Definitionen der Kennziffern ist. Dafür zeichnet vielmehr das fachlich zuständige Ministerium verantwortlich, das auch den entsprechenden Gesetzentwurf einbringt. Wie kann sich die Bundesstatistik gegen falsche Definitionen wehren; und tut sie es? Es gibt doch auch in der BRD falsche Definitionen, sogar bei ganz wichtigen Sachverhalten. Denken Sie doch bitte nur daran, wie ein Arbeitsloser definiert wird und wieviel Hundertausende Arbeitslose statistisch nicht als Arbeitslose ausgewiesen werden.

Aber wir müssen uns noch einem Problem, dem Hauptvorwurf des Gutachters, zuwenden: „Für Nichtstatistiker besteht der spektakulärste Fall einer Fälschung von Statistiken natürlich in der nachträglichen Änderung von Daten, möglichst auch noch mit Hinweisen auf Vertuschungsaktionen. So ein krasser Mißbrauch der Statistik ist zumindest in einem Fall, nämlich bei den Außenhandelsdaten m. E. unzweideutig aus den Akten der SZS nachweisbar.“ (Seite 38 des Gutachtens)

Ich nehme meine Hauptantwort vorweg: Es war nicht das Statistische Amt der DDR, das hier fälschte. Tatsache aber ist, daß in der Statistik des DDR-Außenhandels schlimme Zustände herrschten und daß ein Mann, der in der DDR den größten Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet besaß, überheblich-arrogant und zugleich außerordentlich dumm gehandelt hat. Es war alles darauf angelegt, wesentliche Quellen für einen erheblichen und schnell wachsenden Teil des Außenhandels nicht offen zu legen. Dem Gutachter mache ich aber eines zum Vorwurf. Auf seine Bitte hin fand am 5. Oktober 1993 in meiner Wohnung ein etwa vierstündiges Gespräch statt, in dem ich nach meiner Meinung alle seine vielen Fragen offen, ausführlich und eindeutig beantwortet habe. Zur Außenhandelsstatistik stellte er aber nicht eine einzige Frage, das heißt auf das entscheidende Gebiet der Kritik kam er mit keinem Wort zu sprechen. Als Anfang 1994 in vielfachen Presseveröffentlichungen mit Bezug auf den Gutachter von Fälschungen des Statistischen Amtes der DDR auf dem Gebiet des Außenhandels gesprochen wurde, habe ich versucht, sowohl beim Gutachter als auch beim Statistischen Bundesamt, Einblick in das Gutachten zu erhalten. Das wurde mir versagt und ich wurde an die Eppelmann-Kommission verwiesen. Dementsprechend habe ich mich zweimal schriftlich an den Vorsitzenden der Kommission, Herrn Eppelmann, gewandt. In seinem Auftrag antwortete unter dem 21. Februar 1994 und dem 8. August 1994 eine Frau oder ein Herr Sattler. Obwohl mein Interesse an diesem Material auf Verständnis stieß, konnte ich es auch selbst nach erfolgter Vorlage an den Deutschen Bundestag nicht erhalten. Erst später gelang mir die Einsichtnahme. Ich halte diese Feststellung für wichtig, denn ein solches Material, das mit der Authentizität des Bundestags versehen ist, sollte doch nicht als „Ein-Mann-Arbeit“ ohne Stellungnahme der Betroffenen zu den Akten genommen werden. Heute verstehe ich die Haltung schon besser: Wahrscheinlich war eine Gendarstellung gar nicht erwünscht.



## Doch nun zur Sache selbst

Anfang der achtziger Jahre merkten wir im Statistischen Amt der DDR, insbesondere auf Grund von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, daß uns offenbar Angaben über Teile des Außenhandels, insbesondere über den Export, nicht berichtet wurden. Ich habe mich daraufhin bei Mittag telefonisch angemeldet, natürlich mit Angabe des Grundes. In kürzester Zeit wurde ich empfangen, und zwar im Gegensatz zu allen bisherigen Aussprachen allein, also zu einem Gespräch unter vier Augen. Ich konnte offenbar verständlich darlegen, daß der tatsächliche Export um mehrere Hundert Millionen Mark größer war, als uns gemeldet wurde. Er sagte mir, daß er sehr erstaunt sei, daß wir dieses festgestellt hatten, und er erklärte mir, daß er im Auftrag von Erich Honecker den Bereich Kommerzielle Koordinierung, der ausschließlich ihm unterstand, angewiesen habe, nicht alle Umsätze, besonders nicht alle Exporte, für die Statistik zu melden. Er setzte sich zunächst über alle meine Gegenargumente hinweg. Erst als ich ausführte, daß es unglaublich erschiene und zugleich ein ungünstiges Bild von der DDR ergebe, wenn die volkswirtschaftliche Entwicklung sich schneller vollzöge als der Außenhandel wachse, und darauf verwies, daß eine negative Handelsbilanz ausgewiesen werden könnte, und das alles im Gegensatz zur Wirklichkeit. Hier wurde er nachdenklich, und schließlich sagte er, daß er veranlassen wird, daß wir vom Außenhandelsministerium eine Nachmeldung erhalten werden. Dieses geschah dann auch.

Nach einigen Monaten wiederum ein Vier-Augen-Gespräch bei Mittag. Er habe mit Honecker gesprochen, und es sei nötig, künftig bei der Außenhandelsstatistik anders vorzugehen. Es müsse unbedingt berücksichtigt werden, daß keine weiteren Personen über den vollen Umfang des Außenhandels des Bereiches Kommerzielle Koordinierung informiert werden, auch nicht der Außenhandelsminister, der Vorsitzende der SPK oder Stoph, also der Ministerpräsident. Darum werde ich in Zukunft vom Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung vierteljährlich nach Ende jedes Quartals die zusätzlichen Angaben für Export und Import nach Währungsgebieten, sowie die entsprechenden Angaben für Erdöl erhalten. Ich hätte dann diese mit den mir vorliegenden Angaben über dem Außenhandel zusammenzufassen und ihm schriftlich zur Bestätigung vorzulegen, aber so, daß niemand aus dem Schreiben eine Beziehung zum Bereich Kom-

merzielle Koordinierung herstellen könne. Es sollte ausschließlich mit den Entwicklungsgrößen und den Außenhandelsaldo argumentiert werden. Er müsse das dann Honecker vorlegen, der sich die Entscheidung vorbehalten habe. Und so lief das dann einige Jahre.

Einige dieser Briefe an Mittag hat Herr von der Lippe gefunden und zur Grundlage seiner Aussage gemacht: Das Statistische Amt fälschte Außenhandelsdaten. Steht nun Aussage gegen Aussage? Schriftliche Weisungen zu diesem unredlichen Vorgehen gibt es natürlich nicht. Doch es existiert ein zwar indirekter, aber überzeugender Beweis: Unter Leitung von Gerhard Schürer, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission und auch Leiter der Zahlungsbilanzkommission des Ministerrats war, wurde durch eine von Egon Krenz eingesetzte Fünf-Mann-Arbeitsgruppe, der ich angehörte, eine umfassende Analyse über die Lage der DDR ausgearbeitet.<sup>8</sup> In dieser Analyse wurde von einer Verschuldung der DDR gegenüber den nichtsozialistischen Ländern von 49 Mrd. DM ausgegangen, das war also der Erkenntnisstand der Zahlungsbilanzkommission.<sup>9</sup> Das Statistische Amt kannte die Zahlungsbilanz der DDR erst ab Oktober 1989.

Diese Analyse wurde am 31.10.1989 im Politbüro der SED unter Vorsitz von Egon Kreuz behandelt.

Ab November 1989 stellte sich in einigen Etappen heraus, daß die Verschuldung der DDR gegenüber den nichtsozialistischen Ländern viel zu hoch angesetzt war, weil viele Guthaben des Bereiches Kommerzielle Koordinierung nicht enthalten waren, sie waren auch der Zahlungsbilanzkommission und dem Vorsitzenden der SPK nicht bekannt.

Die gegenwärtigen Erkenntnisse besagen, daß die Verschuldung der DDR nur bei 13–14 Mrd. Dollar also ca. 26 Mrd. DM gelegen hat. Diese Korrektur der Daten über die Verschuldung von 49 auf 26 Mrd. DM kann grundsätzlich nur durch nicht ausgewiesene Exporte des Bereiches Kommerzielle Koordinierung erklärt werden.<sup>10</sup> Dabei handelt es sich also um rund 13 Mrd. Dollar, die auch nicht in den ursprünglich dem Statistischen Amt übergebenen Außenhandelsangaben enthalten waren. Es zeigt sich also, daß die auf Anweisung von Mittag durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung ergänzenden Zusatzangaben für Export und Import, in der Größenordnung tendenziell richtig, eher zu niedrig als zu hoch ausgewiesen waren. Das Statistische Amt hat also auch hier nicht gefälscht, sondern sich bemüht, die ökonomischen Prozesse umfassend und richtig darzustellen.

Wir vom Statistischen Amt haben haben jedenfalls stets versucht, Günter Mittag entgegenzutreten, wenn er Unsinniges, Falsches oder Dummes verlangte; wir haben ihn nie hofiert, das geschah woanders. Wir hatten damit nicht immer ein leichtes Leben, aber wir waren natürlich auch keine Opfer. Unser Handeln war nicht gegen die DDR gerichtet, sondern gegen einen Mann, der ihr schadete.

Deshalb weise ich auch die Meinung von Herrn von der Lippe zurück, daß meine Kollegen im Statistischen Amt und insbesondere ich Opfer und Täter zugleich seien. Wir haben uns stets auch dem „Ehren-Codex der Statistiker“, der vom Internationalen Statistischen Institut 1985 beschlossen wurde, verpflichtet gefühlt, nicht zuletzt auch darum, weil ich Mitautor dieses Codex war.

Im Buch „ohnMacht“ habe ich geschrieben: „Auf die Einwohnerzahl bezogen, hatte die DDR z. B. mehr Forscher als die BRD. Aber je Erzeugnis waren es bedeutend weniger. Ausgereifte internationale Arbeitsteilung erbrachte eben weit größere Effekte als unser isoliertes Werkeln.“<sup>11</sup> Darauf erwiderte Herr von der Lippe in seinem o. a. Gutachten sehr scharf: „In Abwandlung des Titels unter dem das wiederholt zitierte Interview mit Donda publiziert wurde, nämlich „Zahlen lügen nicht“, soll abschließend ein Aspekt der Manipulation oder gar Fälschung angesprochen werden, der schon subtilerer Art ist. Es ist, um nur ein Beispiel zu nennen, durchaus zutreffend, daß die DDR Ende der 80er Jahre mehr Wissenschaftler, Forscher, hochqualifizierte Ingenieure usw. hatte als die BRD (wobei das natürlich auch eine Frage der Definition ist), wie dies Donda in dem o. g. Interview gesagt hatte. Es mag paradox klingen: Das ist nicht falsch was die Zahlen betrifft, wohl aber eine Verfälschung. Denn es gibt genügend Hinweise darauf, daß die Effizienz dieser Personen vergleichsweise gering war, so daß die richtige Zahl eine falsche Information darstellt.“ Ein Kommentar solcher Deutungskünste scheint mir überflüssig.

### **Eine wirklich unabhängige, mit allen für die Arbeit erforderlichen Kompetenzen ausgestattete Amtliche Statistik muß erst noch geschaffen werden**

Lassen wir die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft stellen genügend anspruchsvolle Anforderungen an die Verbesserung der Amtlichen Statistik. In den letzten Jahren hat sich auch nicht allzuviel nach vorn bewegt. Für das Statistische Bundesamt ist es auch sehr kompliziert, die notwendigen Schritte, die wesentlich sein müssen, einzuleiten. Nach der gegenwärtigen Gesetzeslage liegt die Initiative für Erneuerung und Veränderung für die wesentlichsten Bundesstatistiken bei den fachlich zuständigen Ministerien, außerdem ist der erforderliche Gesetzgebungsprozeß sehr umständlich, aufwendig und langwierig (dagegen ist die jährliche Veränderung des aktuellen Rentenwertes eine Minutenangelegenheit). Außerdem bremsst die föderalistische Ideologie sehr, sogar wirkliche und begrüßenswerte Fortschritte, die von der EU-Statistik ausgehen. So wurde die sehr wünschenswerte, von der EU-Statistik geforderte Entwicklung von Datenbanken 1991/92 längere Zeit von einigen Bundesländern blockiert, ebenso die Forderung, in allen Mitgliedsländern zentrale Datenbanken für die Landwirtschaft einzurichten. Nach vielen Querelen ist das jetzt überwunden, zeigt aber das Problem. Es muß endlich etwas für die strategische Entwicklung der Amtlichen Statistik getan werden. Aus meiner langjährigen Arbeit in der Amtlichen Statistik halte ich folgende Veränderungen für anstrebenwert:

- Die oberste Bundesbehörde für die Amtliche Statistik muß wirklich unabhängig werden, daß heißt sie darf nicht der Regierung oder gar einem Minister unterstellt sein. Am besten wäre es, daß das leitende Gremium der Bundesstatistik (Präsident, Vizepräsident, Abteilungsleiter und eventuell einige neben- bzw. ehrenamtliche Mitglieder) einem obersten Bundesgericht rechtlich gleichgestellt wird. Natürlich ist zu gewährleisten, daß Anforderungen von statistischen Materialien und Analysen durch Parlaments und Regierung – bei Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel – erfüllt werden müssen.
- Diese oberste Statistikbehörde sollte das alleinige Recht haben, über die Veröffentlichung von Statistiken zu entscheiden, wobei ein Nichterscheinen, auch wenn es nur zeitweise ist, nur mit einem Mißlingen der statistischen Untersuchung begründet werden darf. Interventionen von

gewählten und angestellten Vertretern der Staatsorgane, die auf eine Nichtveröffentlichung abzielen, ist unter Strafe zu stellen.

- Dieses oberste statistische Gremium muß auch das Recht erhalten, nach eigenen Erkenntnissen statistische Untersuchungen zu veranlassen und bestehende zu vervollkommen, wenn es im Interesse der Darstellung und Analyse aller relevanten Erscheinungen und Prozesse ist.
- Es sollte auch eine Reihe von Analysen gesondert festgelegt werden, die vom Statistischem Amt zu bestimmten Terminen auszuarbeiten sind und im Parlament bzw./und der Regierung behandelt werden.
- Die zentrale statistische Behörde sollte das Recht erhalten, über alle Phasen hinweg die Erhebungen der Bundesstatistik verbindlich zu organisieren und zu kontrollieren, einschließlich der dazu bei den Berichtspflichtigen notwendigen Arbeiten und natürlich auch bei allen beteiligten statistischen Ämtern.
- Abgeleitete Rechte und Pflichten müssen die Statistischen Landesämter für ihr Land erhalten, einschließlich dem Recht an der Qualifizierung der Bundesstatistik mitzuwirken und ihre Verwirklichung verantwortungsbewußt mitzutragen.

Nach Lage der Dinge wird die Verwirklichung derartiger Vorschläge sehr schwer werden und es wird ein weiter Weg sein, insbesondere dann, wenn die EU-Statistik nicht zügig vorangeht und die notwendigen Schritte unternimmt bzw. Forderungen stellt.

## Anmerkungen

- 1 Diese Kontrolltätigkeit der statistischen Dienststellen bei den Berichtspflichtigen war nicht ein vorherrschender Aspekt ihrer Tätigkeit, wenn auch ein wichtiger. Noch bedeutungsvoller war die Hilfe, die durch statistische Dienststellen an Ort und Stelle den Berichtspflichtigen gewährt wurde, um rationell zu richtigen Angaben zu gelangen. Das galt vor allem für neue Berichtspflichtige und für neue Befragungen.
- 2 GBl. der DDR, Teil I Nr. 36 vom 18.09.1975, S. 639ff.
- 3 Vgl. Donda, Herde, Kuhn, Struck: Statistik, 7. berichtigte Auflage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1989, besonders S. 17–30.
- 4 Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf einem Pressogespräch: DDR-Statistik: „Schein und Wirklichkeit“ am 11. April 1991 in Hannover, Seite 2. Vergleiche auch: „Untersuchung zur Validität der statistischen Ergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR“, Ergebnisbericht des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, April 1991.

- 5 Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED. Expertise im Auftrage der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages. Gekürzte Fassung, von Prof. Dr. Peter von der Lippe, Essen Januar 1994.
- 6 Arno Donda: Der Weg zur unanfechtbaren Statistik: Daten und Entwicklungsrichtungen, die real und überschaubar sind. Neues Deutschland 16. November 1989, Seite 3.
- 7 Siehe: P. Przybylski: Tatort Politbüro Bd. 2 Berlin 1992, S. 175–177.
- 8 Vergleiche: Gerhard Schürer: Gewagt und verloren. Frankfurt/O. 1996.
- 9 Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen. Geheime Verschlusssache v. 27.10.1989; veröffentlicht als Dokument 731 der Bundestagsdrucksache 12/7600.
- 10 Durch einen Brief von A. Schalk und H. König vom 14.11.89 an H. Modrow wurde bekannt, daß durch Einbeziehung bislang geheimegehaltener Devisenreserven die DDR-Auslandsverschuldung auf 20,6 Mrd. Dollar sank. Nach Abschluß der Inventur des Bereiches Kommerzielle Koordinierung ergab sich schließlich ein Schuldenbetrag von 13–14 Mrd. Dollar.
- 11 Arno Donda, ohne Macht, Berlin 1992, S. 42.